



PRESSEMITTEILUNG 21.5.2023

**EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSFÜHRER WERDEN
AUFGEFORDERT, DIE SPANISCHE
EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT ZU VERHINDERN**

Gestern, am 20. Mai 2023, hat die Allianz Denunciantes del Autoritarismo Judicial (Denunzianten des Justizautoritarismus) die Arbeitgeberverbände mehrerer europäischer Länder darüber informiert, dass sie am 16. April die Europäische Union aufgefordert hat, die spanische Ratspräsidentschaft auszusetzen, bis Spanien nachweist, dass es keine schwerwiegenden systemischen Mängel in seiner Rechtsstaatlichkeit aufweist.

Das Ersuchen erfolgt vor dem Hintergrund der Ankündigung, dass Business Europe, die Vereinigung der europäischen Arbeitgeberverbände, Ende Mai und Anfang Juni zusammentreten wird, um die Europäische Union aufzufordern, die europäischen Sozialausgaben während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft nicht zu erhöhen.

Die Allianz nutzt dieses Interesse der europäischen Unternehmer, um sie über die schreckliche Realität in Spanien zu informieren. Darüber hinaus wurden auch die Brüsseler Büros dieser Arbeitgeberverbände informiert, um den Dialog in der Europäischen Union über die notwendige Aussetzung der spanischen Ratspräsidentschaft zu fördern.

Die übermittelte Botschaft lautet wie folgt:

Arbeitgeber,

Wir wenden uns an Sie, um Ihnen mitzuteilen, dass wir die Aussetzung (Verschiebung) der spanischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union beantragt haben.

Wir haben in der Presse gelesen, dass die Organisation Business Europe in Kürze in Spanien zusammentreffen wird, um zu vereinbaren, die Europäische Union aufzufordern, während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft nicht alle Ausgaben auf soziale Fragen zu konzentrieren.

Zwischen dem 11.11.2022 und dem 14.4.2023 haben wir von der spanischen Allianz Denunciantes del Autoritarismo Judicial (Denunzianten des Justizautoritarismus) eine Reihe von Beschwerden verschickt, die die kriminelle Realität der spanischen Institutionen widerspiegeln. In beispielloser Weise bearbeitet die Europäische Kommission diese Beschwerden in ihrem Wirtschaftsreferat und in ihrem Referat für Rechtsstaatlichkeit.

Im Jahr 2018 veröffentlichte Eurostat, dass die Korruption in Spanien fast 8 % des BIP erreicht hat und damit weit über dem EU-Durchschnitt von 4,8 % des BIP liegt.

Wie Sie wissen, stützt die Europäische Union (EU) einen großen Teil ihrer Strategien auf einen jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in jedem Mitgliedstaat.

In Anbetracht der Bedeutung dieses Berichts haben wir am 16.4.2023 unseren Bericht über die spanische Rechtsstaatlichkeit im Jahr 2022 an die Europäische Union geschickt, der auf einer Reihe von Beschwerden basiert. In der E-Mail forderten wir, dass Spanien vorläufig zu einem Land mit schwerwiegenden Mängeln in der Rechtsstaatlichkeit erklärt wird, bis die Regierung auf unsere Beschwerden reagiert, und dass die spanische EU-Ratspräsidentschaft ausgesetzt wird, bis Spanien nachweist, dass seine Rechtsstaatlichkeit funktioniert.

Wir haben den Bericht an die schwedische Regierung (die derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat), an mehrere hochrangige Mitglieder des Europäischen Parlaments und an mehrere hochrangige Mitglieder der Europäischen Kommission geschickt, und wir haben bisher von keinem der Adressaten eine Antwort erhalten.

Wir bitten Sie, unseren Antrag auf Aussetzung der spanischen EU-Ratspräsidentschaft zu unterstützen und zu fordern, dass die spanische EU-Ratspräsidentschaft nicht von einem Staat wahrgenommen werden sollte, dessen Korruptionsrate laut Eurostat-Daten über dem EU-Durchschnitt liegt.

Im Anhang finden Sie den oben genannten Bericht über die spanische Rechtsstaatlichkeit im Jahr 2022 und die damit verbundenen Beschwerden.

Javier Marzal

Sprecher der Denunciantes del Autoritarismo Judicial (Denunzianten des Justizautoritarismus)

Weitere Informationen unter www.contraautoritarismojudicial.org (english, español, française, deutsch)